

Kirchensteuern
für Firmen? AG, GMBH? Genossenschaften, Stiftungen? Abschaffen!
Sind wir in ZH eigentlich völlig bescheuert, dass juristische Personen Kirchensteuern zahlen müssen? Über 100 Mio CHF jährlich! Abschaffen!

**BÜRGER-
AKTION**
seit 1981

Bürgeraktion, 8700 Küsnacht PC 87-16415-6

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Weihnacht 2012

Wer ihn gesehen hat, hat den Vater gesehen

Philippus sagt zu ihm: «Herr, zeig uns den Vater, und es ist uns genug.» Jesus sagt zu ihm: «So lange schon bin ich bei euch, und du hast mich nicht erkannt, Philippus? Wer mich gesehen hat, hat den Vater gesehen.

Wie kannst du sagen: «Zeig uns den Vater?»»

Johannes 14, 8.9

Zur Weihnachtszeit erlebt die Kirche Sternstunden. Da rückt in den Hintergrund, wie angefochten sie ist und welch scharfer Wind ihr ins Gesicht bläst. Der Gegenwind ist nicht verwunderlich. Verwunderlich wäre es, wenn er weiterhin ausbliebe in einer Welt, wo andere Bindungen aufgelöst und unzählige Positionen abgebröckelt sind. Gegenwind und Widerspruch hat der Sache der Wahrheit noch nie geschadet. Für die Wahrheit ist die ausgeleierte Gewohnheit schlimmer als der frische, kräftige Luftzug, der das welke Laub von den Bäumen wirbelt. Womöglich ist alles von Gott selber ins Werk gesetzt – um unserwillen. Es wäre ein schlechtes Zeichen, wenn die Kirche sich durch den Gegenwind bedroht fühlte. Das ist der heikle Punkt: Kritik und Anfechtungen finden in den Herzen vieler Kirchenleute ein verzagtes Echo. Diesem Echo gibt der Jünger Philippus in unserem Textwort Ausdruck, indem er Jesus bittet: «Herr, zeig uns den Vater, und es ist uns genug.»

Wer die vorgängigen Kapitel des Johannesevangeliums auch nur ein bisschen kennt, ist betreten über die Forderung, die Philippus dem Meister zumutet. Herr, zeig uns den Vater! Jesus reagiert denn auch mit schmerzlicher Verwunderung darüber, dass die gemeinsamen Tage bei Philippus keine tieferen Spuren hinterlassen haben. Sobald wir über die Bitte des Philippus nachdenken, merken wir, dass Philippus die gleiche Sehnsucht empfindet, die in allen Religionen auftaucht und die überhaupt von alters her die meisten Menschen umtreibt. Alles Beten und Fasten, alles Opfern und Büssen bringt im Grunde nichts anderes zum Ausdruck als das Suchen der Menschenseele, die ohne Gott nicht zurechtkommt: Zeige dich uns doch! Tritt ein wenig näher aus deinen heiligen entfernten Höhen!

Haben wir das hinter uns? Mir scheint, auch wir seien weiterhin darauf eingestellt, dass wir von Zeit zu Zeit überirdische Eingriffe oder wenigstens Hinweise wahrnehmen. Hin und wieder ein Erlebnis, und sei es noch so kurz, bei dem uns Göttliches berührt oder gar überwältigt. Das wäre ein Glaubensfundament, das den Zweifel vertreiben könnte. So tritt in der Forderung des Philippus mit all ihren Spielarten und Abarten die Unruhe unseres eigenen Herzens hervor. Das menschliche Herz gleicht einer Magnetnadel, die hin und her sucht, bis sie die Polrichtung gefunden hat. Oder einem glimmenden Funken, der im Schutt und Geschiebe verborgen liegt als Ahnung, dass der Mensch von Gott herkommt und auf ihn zugeht. Diese Ahnung wird immer wieder beirrt und treibt viele in Unruhe, manche in Panik, so wie

man eine Magnetnadel mit Eisen ablenken und zu nervösen Ausschlägen verleiten kann. Philippus gehörte kaum zu denen, die auf jeden faulen Zauber hereinfallen. Und auch wir halten uns für kritisch, fragen nach den Hintergründen und nach dem wahren Gehalt. Deshalb trifft uns die Antwort Jesu genauso wie ihn: «So lange schon bin ich bei euch, und du hast mich nicht erkannt, Philippus? Wer mich gesehen hat, hat den Vater gesehen. Wie kannst du sagen: «Zeig uns den Vater?»»

Jesus sagt seinem Jünger, dass er längst habe, was er begehrt und braucht. Darin tritt zunächst das Selbstbewusstsein Jesu zutage. «Wer mich gesehen hat, der hat den Vater gesehen.» Man stelle sich vor, es läutet jemand an der Haustür und sagt so etwas, was ja gleichviel heisst wie: Ich bin Gott selber. Solche Leute gibts ja, und wenn wir sie hören, dann suchen wir die zweckmässige Reaktion zwischen mitleidigem Nicken und empörtem Widerstand. Je nach Toleranz, die wir dem religiösen Wahnsinn entgegenbringen.

Je länger man sich die Sache überlegt, desto deutlicher erkennt man im skeptischen Philippus sich selber. Es fällt uns so schwer wie ihm, im vertrauten Bereich das Aussergewöhnliche zu erkennen. Vergegenwärtigen wir uns, was sich alles eignet, um den Herrn des Lebens und der Geschichte angemessen darzustellen, so fallen zahllose Kunstwerke, Leistungen und Phänomene in Betracht. Zum Beispiel steckt in den gotischen Kathedralen des Mittelalters unermessliche theologische Einsicht und Weisheit des Glaubens, durch Steinmetze und Architekten geschaffen, als die Theologen versagten. Oder wer könnte ermessen, wie viel göttliches Wesen in den Oratorien von Bach und Mendelssohn, ja sogar in «weltlicher» Musik steckt? Nicht zu reden von der Literatur. Wirklich, den Möglichkeiten, von Gott Zeugnis zu geben, sind keine Grenzen gesetzt. Dennoch müssen wir etwas hinzufügen, was die Bibel unermüdlich bezeugt: Bauwerke und Musikstücke, geschriebene und gesprochene Worte, theologische Kleinarbeit und tätige Liebe können immer nur den zweiten Rang beanspruchen neben dem, was das erststrangige Abbild für Gott ist. Dieses erststrangige Abbild ist der Mensch.

Schon im ersten Kapitel der Bibel lesen wir: «Gott sprach: Lasst uns Menschen machen als unser Bild, uns ähnlich. ... Und Gott schuf den Menschen als sein Bild, als Bild Gottes schuf er ihn; als Mann und Frau schuf er sie.» Deshalb, jedesmal, wenn wir nach Gott Ausschau halten und verlangen, man möge uns den Vater zeigen, dann tritt die Antwort «Jesus Christus» in Kraft. Es gilt zu entdecken, dass wir selber Gott zugeordnet sind und etwas von ihm widerspiegeln. Das Lukas-

evangelium beginnt mit den Geburten von Johannes dem Täufer und Jesus. Bei der Geburt Jesu geht die Erzählung weit ins Detail, obschon die Details demütigend sind. Hier wird der Mensch als Gottes Ebenbild ernst genommen. Hier rückt «der ewig reiche Gott» uns Menschen auf den Leib, zuerst denjenigen, die vom Leben nichts mehr erwarten.

Wie soll es nun zugehen, dass wir auch 2000 Jahre später noch in diesem Jesus den Vater sehen? Wie ist es möglich, dass wir einen Schritt weiter kommen als Philippus? Wir sind weder besser noch klüger als er und stolpern weiterhin über religiösen Wildwuchs. Aber wenigstens mit einem Ohr hören wir, wie uns Jesus unermüdlich daran erinnert, dass er längst bei uns ist, und dass den Vater sieht, wer ihn sieht. Und weil er uns zu seinem Leib beruft, so steckt er auch in uns. Im Angesicht des Mitmenschen sehen wir einen Abglanz von Christus und Gott.

Bald ist Heiliger Abend. Nächstes Jahr wieder, und so weiter. Die Feste erhellen die Strecke wie Laternen am Weg. Dazwischen ist es dunkel, beziehungsweise wir sind blind dafür, wie nahe uns Gott rückt. In dieser Blindheit sinnieren wir der Frage des Philippus nach. Aber eines begreifen wir schon jetzt, und das halten wir fest: So wie der Tag die Nacht durchbricht, so rückt das Reich Gottes heran und taucht die Welt in sein strahlendes Licht. Allmählich sehe ich mich selber und die anderen Menschen in dieses Licht getaucht. Gott ist im Kommen, auch wenn die Kirche am Sinken ist. Niemandem wird es letztlich entgehen, dass er bei uns einkehrt und dass wir gemeint sind.

Peter Ruch, evang.-ref. Pfarrer, Küsnacht am Rigi

**Redaktion und Verlag
wünschen allen Leserinnen
und Lesern von Herzen
frohe Weihnachtstage
und einen guten Start
ins neue Jahr.**

Die nächste Ausgabe
unserer Zeitung erscheint
am Freitag, 11. Januar 2013.



Ich suche Kollegen für:

- Landwirtschaft
- Lohnunternehmen
- Forst
- Gartenbau
- Bau + Gewerbe

Tages-, Wochen- oder
Monateinsätze mit gutem Lohn

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5
8630 Rüti, T. 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-zh.ch



Präsentieren Sie
Ihre Werbung
bei der
Leserschaft von
«Zürcher Bote»
und «Zürcher Bauer»
im besten Licht.

Also hier!

print-ad kretz gmbh
Tramstrasse 11
8708 Männedorf
Telefon 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch



**Schreinerei
Hanspeter Rüttschi**

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch

TRÄUME WERDEN WAHR

Unsere Küchen werden individuell nach Ihren
Bedürfnissen von uns geplant, in unserer
Werkstatt in Mönchaltorf hergestellt und
selbstverständlich von unseren Monteuren
fachgerecht montiert.



AGRISANO

In Zusammenarbeit mit
SBV Versicherungen
USP Assurances

**Natürlich
Gut
Versichert**

Ihre Regionalstelle

Zürcher Bauernverband
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 50, www.zbv.ch

ZBV Versicherungen
im Dienste der
Zürcher Landwirtschaft

Kompetent in Versicherung und Landwirtschaft



CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Und es ward nicht Licht



VON CHRISTOPH MÖRGELI

Lichter, Lichter überall. Die Vorweihnachtszeit ist ein einziges Sehnen nach dem Licht. Nach dem grossen, einen Licht, das uns aus der Dunkelheit führt. Wir schmücken die Nacht. Wir erhellen die Finsternis. Die spektakuläre Lichtshow «Adventszauber» bestrahlt in Bern die Bundeshausfassade – inklusive der sechs Fenster des Ständeratssaales. Doch die Damen und Herren Ständeräte wollen in ihrer Mehrheit trotzdem lieber in der Dunkelkammer sitzen.

Dummerweise hat die SVP diese Dunkelkammer zum Thema gemacht. Darum durfte sie kein Thema sein. Darum wurde die Kleine Kammer reflexartig in den schönsten Farben ausgeleuchtet. In der «Neuen Luzerner Zeitung» war zu lesen, der SVP-Vorwurf sei «kalter Kaffee», das mit der Dunkelkammer sei «purer Unsinn». Ein paar Monate und Abstimmungsfehler später ist alles anders. Heute fleht dasselbe Blatt: «In der Dunkelkammer werde doch noch Licht.» Die «NZZ» druckte, der Vorwurf der Dunkelkammer sei «nicht akzeptabel», «antiparlamentarischer Populismus» und eine «fragwürdige Sprache». Mittlerweile tadelt dasselbe Organ, der Ständerat sei «eben doch eine Dunkelkammer». Und der «NZZ»-Inlandchef befiehlt gebieterisch: «Es werde Licht im Ständerat.»

Die SVP mache den Ständerat als Dunkelkammer «systematisch schlecht», dabei dürften wir auf diese Kammer «im europäischen Vergleich stolz sein». So ärgerte sich der Europäer Roger de Weck im SRG-Organ Link. Der zweitmächtigste SRG-Gewaltige Claude Longchamp meinte auf www.sf.tv, der Angriff auf die «Dunkelkammer Ständerat» sei eine «typische Attacke auf die Institution». Mittlerweile spottet www.sf.tv über diese Institution: «Pleiten, Pech und Ständeratsabstimmungen». Der «Blick» freute sich nach dem misslungenen «Sturm» auf die «Dunkelkammer Stöckli» über die «Schweizerische Verliererpartei». Nunmehr titelt der Blick: «Weg von der Dunkelkammer». Die «Aargauer Zeitung» schimpfte, die SVP spreche «diffamierend vom Ständerat als Dunkelkammer». Jetzt rügt sie die «bislang fehlende Transparenz» und verlangt «Licht in der Dunkelkammer».

Journalisten gackern heute so und morgen anders. SVP-Ziele sind langfristig angelegt. Für die Ständeräte in ihrer Dunkelkammer gilt der Prophet Jesaja (8, 22): «Kein Licht schimmert in der Bedrängnis.» Und für die SVP gilt ebenfalls Jesaja 8, 22: «Und ins Dunkel ist man gestossen.»

RÜCKBLICK AUF DIE WINTERSESSION

Die Feste feiern, wie sie fallen

Unser Zürcher SVP-Bundesrat Ueli Maurer hatte am zweitletzten Wintersessionstag gleich doppelten Anlass zum Feiern, als er in seiner engeren Heimat offiziell als Bundespräsident des Jahres 2013 empfangen wurde. Am Tag davor empfahl der Nationalrat dem Souverän deutlich, die Volksinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) zur Aufhebung der Wehrpflicht in der Bundesverfassung an den Urnen zu verwerfen. Schweizer Männer sollen auch in Zukunft Militärdienst leisten.



HANS EGLOFF
NATIONALRAT SVP
AESCH ZH

1. Bundesrat Maurers Grundsatzvotum

Längst nicht alle rund fünfzig Voten zu diesem Thema dürften als Meinungsäusserungen von «Ewigkeitswert» ins Gedächtnis der Bevölkerung oder gar ins Archiv der Zeitgeschichte eingehen. Was aber Bundesrat Maurer als Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) in der Debatte darlegte, verdient Beachtung über den Tag hinaus. Zum «alten Zopf», den es abzuschneiden gelte, wie Linke und Grüne fanden, hielt der VBS-Chef unter anderem fest:

«Unsere Armee kostet etwa ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das ist weniger als wir alle zusammen für die Haftpflichtversicherung unserer Motorfahrzeuge bezahlen, nämlich mehr als fünf Milliarden Franken. Im internationalen Vergleich haben wir eine kostengünstige Armee, weil wir eine Armee nach Mass haben. Wir bieten sie auf, wenn wir sie brauchen, und sonst bilden wir 5000 Leute aus. Der Bund hat den Verfassungsauftrag, die Sicherheit der Bevölkerung und die Unabhängigkeit des Landes zu gewährleisten. Die Armee ist das Mittel, um diese Sicherheit zu gewährleisten. (...) Mit einer Freiwilligenarmee haben wir keinerlei Garantie, dass im entscheidenden Zeitpunkt die notwendigen personellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Wir wissen nicht, wie viele Freiwillige wir haben werden. Wir wissen nicht, ob sie dann zur Verfügung stehen, wenn wir sie tatsächlich brauchen, ob sie dann auch kommen, wenn es freiwillig ist. Wir wissen auch nicht, ob wir in einer Freiwilligenarmee genügend Leute haben, die bereit sind, Führungsaufgaben zu übernehmen. Wir haben also sicherheitspolitisch mit einer Freiwilligenarmee keine Gewähr, Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes garantieren zu können.

2. Keine Begeisterung für IWF-Darlehen

Die Schweiz soll sich an einer Aufstockung der Mittel für den Internationa-

len Währungsfonds (IWF) mit einem Darlehen beteiligen. Der Nationalrat hat dafür als Erstrat mit 109 zu 58 Stimmen bei 14 Enthaltungen einen Rahmenkredit gutgeheissen – allerdings statt der vom Bundesrat beantragten 15 «nur» 10 Milliarden Franken.

Das Darlehen der Schweiz soll im Zusammenhang mit der Schuldenkrise in der Eurozone gewährt werden. Dagegen opponierte die SVP, weil sich die Schweiz weder direkt noch indirekt an den Europäischen Rettungsschirmen beteiligen dürfe. Die Befürworter des IWF-Kredits gaben zu bedenken, die Euro-Krise könnte das internationale Finanzsystem destabilisieren und eine Rezession auslösen, die auch die Schweiz trafe. Ausserdem handle es sich bei den Mitteln für den IWF nicht um Geschenke, sondern um Kredite, die marktüblich verzinst würden.

«Wait and see ...» pflegt man in England zu solch langfristigen Verpflichtungen beziehungsweise Versprechen zu sagen ... Der Krisenfonds des IWF soll von rund 40 Staaten um 460 Milliarden US-Dollar aufgestockt werden, die aber nur beansprucht werden dürften, wenn die ordentlichen Mittel erschöpft seien. Das künftige Gesamtengagement der Schweiz (Darlehenszusagen) beläuft sich inzwischen auf rund 16,4 Milliarden Franken.

3. Ohne Lex Koller gehts nicht

Die Lex Koller zur Beschränkung des Immobilienkaufs durch Personen im Ausland (in Kraft seit 1983) soll weiter gelten. Dafür hat sich der Nationalrat einstimmig ausgesprochen. Seit bald einem halben Jahrzehnt liegt die seinerzeit vom Bundesrat beantragte Aufhebung der Lex Koller in Bern auf der langen Bank. Das Parlament wies die Aufhebung bereits einmal zurück, weil es flankierende Schutzmassnahmen gegen den Zweitwohnungsbau verlangte. Neuerdings aber forderte der Nationalrat, auf die Aufhebung ganz zu verzichten. Die Grosse Kammer überwies eine entsprechende Motion (Auftrag an den Bundesrat) ihrer Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK). Als nächste Kammer wird sich der Ständerat damit auseinandersetzen.

Ohne Lex Koller, so befürchtet man, könnten bald Staatsfonds, Hedge-Fonds und ausländische Pensionskassen auf den Schweizer Immobilienmarkt drängen. Die Folge einer erhöhten Nachfrage wären steigende Immobilien- und Mietpreise. Der Bundesrat unterstützte die UREK-Motion ebenfalls, auch wenn die Lex Koller nicht auf alle Probleme am Wohnungsmarkt eine Antwort gebe, wie Justizministerin Simonetta Sommaruga zugab. Der Bundesrat wolle sich beispielsweise auch Überlegungen machen, wie man dem Druck der Zuwanderung auf die Immobilien- und Mietpreise begegnen könne.

4. Staatsleitungsreform «schicklich beerdigt»

Gut doppelt so lange wie mit der Lex Koller-Aufhebung beschäftigten sich die beiden Kammern der Bundesversammlung mit der Staatsleitungsreform, nämlich elf Jahre! Der Nidwaldner CVP-Ständerat Paul Niederberger zog im «Stöckli» folgende Bilanz: «Was der Bundesrat will, will das Parlament nicht, und was das Parlament will, will der Bundesrat nicht.»

Der ehemalige Baselbieter Ständeratspräsident René Rhinow (FDP) schrieb in einem Aufsatz «Wie weiter mit dem Bundesrat?», alle Reformschritte seien an der Zielsetzung zu messen, erstens den Vorrang der Regierungspolitik sicherzustellen, zweitens die Einheit und die Kohärenz der Regierung zu gewährleisten und drittens die Integrationskraft und die Handlungsfähigkeit zu stärken.

Im Jahre 2004 haben beide Kammern die Vorlage an den Bundesrat zurückgewiesen. Die Idee des Bundesrates, Ministerinnen und Minister zur

Arbeitsentlastung einzusetzen, fiel durch. Was blieb, war die Frage nach der «richtigen» Anzahl Bundesratsmitglieder. Mit sieben Mitgliedern seien die Zusammenarbeit und der Zusammenhalt der Exekutive besser zu bewerkstelligen als mit neun Bundesräten, fanden die vorberatenden Kommissionen.

Schliesslich reduzierte das Parlament die «Reform» darauf, die Bundeskanzlei durch einen ständigen Stab für den Bundespräsidenten zu verstärken und die Anstellung zusätzlicher Staatssekretäre zu ermöglichen. Mit diesen «Restbeschlüssen» zog der Ständerat einen Schlusstrich unter die grosse Regierungsreform. Damit schrieb er auch die Verlängerung des Bundespräsidiums auf zwei Jahre ab.

5. Parlament gegen Volkswahl des Bundesrates

Bereits im Herbst 2012 hatte der Ständerat die SVP-Initiative für die Volkswahl des Bundesrates dem Souverän ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Die Feststellung unseres Zürcher Fraktionskollegen Christoph Mörgeli, dass doch bereits in sämtlichen Kantonen die Regierungen direkt durch das Volk gewählt würden und dass einzig auf Bundesebene die Bürgerinnen und Bürger nicht wahlberechtigt seien, führte auch im Nationalrat nicht zu einem Meinungsumschwung.

Linke, Grüne und Mitteparteien halten nichts von mehr Volksverantwortung für die Regierungsbildung. Das letzte Wort hat nun das Volk: Es wird mit dem Stimmtzettel entscheiden, ob es einen vom Parlament gewählten oder durch den Volkswillen gebildeten Bundesrat vorzieht.

SANIERUNG DER IV GESCHEITERT

Stimmbürger verschaukelt

In der letzten Session hat eine Allianz der Mitte-links-Parteien die finanzielle Sanierung der Invalidenversicherung im Nationalrat faktisch versenkt. Damit ist klar, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger brandschwarz angelogen wurden.

SVP. Bei der Abstimmung über die IV-Zusatzfinanzierung im Jahr 2009 wurde versprochen, dass die befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer von einer Sanierung der Invalidenversicherung begleitet würde. Dies sollte erlauben, die Rechnung der Kasse bis spätestens 2018 auszugleichen und danach die Schulden abzubauen.

Von den in der IV-Revision 6b ursprünglich vorgesehenen Einsparungen von jährlich rund 700 Millionen Franken bleiben nach dem neusten

Entscheiden des Nationalrates nur noch wenige Millionen übrig. Damit wird klar, dass sich die Politik bei den Bürgerinnen und Bürgern mit einer Mehrwertsteuererhöhung schamlos bedient hat, ohne die versprochene und dringend nötige Sanierung der IV durchzuführen. Diese Hypothek wird den kommenden Generationen überlassen. Die Politik der Mitte-links-Mehrheit im Parlament ist einmal mehr verantwortungslos und skandalös.

AUTOMATISCHER INFORMATIONSAUSTAUSCH

Die EU will den «Fünfer» und das «Weggli»

Die EU fordert von der Schweiz erneut den automatischen Informationsaustausch, dass die Schweizer Banken automatisch über die Bankguthaben von EU-Bürgern berichten müssen. Diesmal verlangt die EU eine angebliche Gleichbehandlung wie im Fall der USA. Die USA haben in diesem Abkommen auch einen Marktzugang für die Schweizer Banken zugestanden.

er. Gerade diesen Marktzugang für Schweizer Banken will die EU aber in einer neuen Richtlinie behindern, wenn nicht gar unterbinden. Einst war neben der Personenfreizügigkeit der freie Kapitalverkehr eine Grundlage der EU und nun soll in einer Rosinenpickerei dies teilweise eingeschränkt werden. In der Absicht, die Schweiz zu drangsaliieren, gelten diese Grundsätze plötzlich nicht mehr.

Auslieferung zur Bestrafung

Auf die Forderung der EU nach Übernahme des automatischen Informationsaustausches ohne Gegenleistung soll die Schweiz nicht eingehen. Im Minimum sollte die EU sich verpflichten, dass in den neuen EU-Richtlinien die Schweizer Banken nicht gegenüber den EU-Banken benachteiligt

werden. Eine einseitige Erfüllung der EU-Forderung nach einem automatischen Informationsaustausch ist zu verweigern. Dass die SP einseitig erfüllen wollen, das ist kennzeichnend für die Mentalität. Diesen geht es weniger um den Werk- und Finanzplatz und das Wohlergehen der Schweiz, sondern mehr um die Gunst der EU-Bosse. Mit einem automatischen Informationsaustausch würden ausländischen Bankkunden zur Bestrafung ausgeliefert, die gegen die neuen EU-Richtlinien verstossen hätten und neu rechtswidrig ihr Geld im EU-Ausland oder der Schweiz angelegt hatten. Nur wenn die vorgesehene Diskriminierung von Kapitalanlagen in der Schweiz im Voraus beseitigt wird, kann über einen Informationsaustausch verhandelt werden.

Wichtiger Termin

Vorankündigung

Delegiertenversammlung vom Dienstag, 15. Januar 2013, 20.00 Uhr in der Altrüti in Gossau



KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Kantonsrat beschliesst Sparvorgaben im Budget von 261,5 Mio.

Diese Woche beschloss der Kantonsrat dank dem Druck der SVP-Fraktion zusätzliche 250 Mio. Franken an Einsparungen beim Budget für das Jahr 2013 und genehmigte dieses bei der Schlussabstimmung mit Ausgaben von 14,47 Mia. Franken. Zudem wurde über die Quellensteuer und die Erbschaftssteuer debattiert.



YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Zu Beginn der zweiten Hälfte der mehrtägigen Budgetdebatte stellte **Martin Arnold** (SVP, Oberrieden) nochmals klar, dass die SVP-Fraktion kein Budget mit einem Defizit genehmigen wird. Darum sei eine pauschale Kürzung von mindestens 400 Mio. Franken angezeigt. Den Finanzen im Kanton Zürich müsse Sorge getragen und den zukünftigen Generationen dürften keine Schulden hinterlassen werden. Die pauschale Kürzung des Budgets lasse dem Regierungsrat die Freiheit, dort Einsparungen vorzunehmen, wo diese sinnvollerweise gemacht werden könnten. Der Fraktionspräsident **Jürg Trachsel** (SVP, Richterswil) stellte klar, dass ein Budget in der Höhe von 14,47 Mia. Franken mit einem Verlust von 150 Mio. Franken ziemlich quer in der Landschaft stehe. Der Regierungsrat tue darum gut daran, sich etwas mehr auf das Vollziehende statt auf das Leitende zu konzentrieren. Statt sich über die Budgetvorgaben des Parlamentes zu beklagen und in die buchhalterische Trickkiste zu greifen, würde der Regierungsrat besser die Zeichen der Zeit erkennen. Die SVP stehe für einen schlanken Staat. Die beschlossene Sparvorgabe müsse nun von der Regierung umgesetzt werden, denn wo ein Wille sei, sei auch ein Weg. Die SVP wolle weiterhin mit der Reduktion der Ausgaben sparen, im Gegensatz zu der Regierung, die lieber die Einnahmen erhöhen möchte.

Nach einer intensiven Budgetdebatte konnten sich die bürgerlichen Par-

teien auf einen mehrheitsfähigen Antrag mit Kürzungen in der Höhe von 250 Mio. Franken einigen.

Das Minimalziel der SVP-Fraktion, dem Budget noch ein Sparauftrag für die Regierung zu verpassen, wurde erreicht. Dem vorliegenden Budget mit den Verbesserungen von 261,5 Mio. Franken konnte die SVP zustimmen. Bei der Schlussabstimmung wurde dieses mit 120 zu 53 Stimmen genehmigt.

Quellensteuern

Mit einer Parlamentarischen Initiative (PI) forderte **Claudio Schmid** (SVP, Bülach) eine Änderung des Steuergesetzes in Bezug auf die Quellensteuer. Der Zweck der Quellensteuer besteht in einer schnellen und einfachen, effizienten und sicheren Besteuerung der ausländischen Arbeitnehmer. Im Kanton Zürich werden ca. 123 000 Personen an der Quelle besteuert (ausländische Arbeitnehmer in der Schweiz sowie Grenzgänger).

Die Erhebung der Quellensteuer ist für Arbeitgeber nur effizient, wenn im ganzen Kanton die gleichen Tarife gelten. Dies führt jedoch zu Ungleichheiten in der Steuerlast zwischen Quellensteuerpflichtigen und Personen, die nicht der Quellensteuer unterliegen. Bei Quellensteuerpflichtigen, deren Bruttoeinkünfte 120 000 Franken übersteigen, wird eine nachträgliche ordentliche Veranlagung durchgeführt. In diesen Fällen entrichten die Quellensteuerpflichtigen im Ergebnis den gleichen Betrag wie Personen, die nicht der Quellensteuer unterliegen. Ungleichheiten treten bei Quellensteuerpflichtigen auf, deren Bruttoeinkünfte unter dieser Grenze liegen. In der Stadt Zürich sind dies über 45 000

Personen. **Hans Heinrich Rath**s (SVP, Pfäffikon) stellte in seiner Funktion als Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) fest, dass die Mehrheit der WAK es als nicht sachgerecht erachte, dass inländische Steuerpflichtige teilweise gegenüber den an der Quelle besteuerten Ausländerinnen und Ausländern schlechter gestellt würden.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg) betonte, dass inländische Steuerpflichtige sich darüber beklagten, dass sie teilweise mit gleichem Einkommen höhere Steuern bezahlen müssten. Darum sei die vorgeschlagene Lösung nötig und wichtig. Der Kantonsrat sah dies nicht so und lehnte die PI mit 87 zu 75 Stimmen ab.

Erbschaftssteuer

Mit einer PI verlangte die Grüne Fraktion die Schaffung bzw. Wiedereinführung der Erbschaftssteuer. Gefordert wurde ein Steuersatz von 25 Prozent auf das gesamte Erbe. **Hans Heinrich Rath**s stelle als Präsident der WAK fest, dass der Steuersatz von der Kommissionsmehrheit als sehr hoch empfunden wird. Zudem habe der Kanton Zürich die Erbschaftssteuer per 1. Januar 2000 abgeschafft. Darum sei die PI abzulehnen. **Hans-Ueli Vogt** (SVP, Zürich) stellte klar, dass die Erbschaftssteuer keiner staatlichen Gegenleistung gegenüber stehe. Darum sei diese Steuer ungerecht und setze Fehlanreize für Personen, die sich beim Sparen anstrengen würden. Damit der Kanton Zürich für Personen und Unternehmen weiterhin attraktiv bleibe, dürfe diese Steuer nicht wieder eingeführt werden. Das linke Begehren wurde vom Kantonsrat deutlich abgelehnt.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Budget mit Handschrift der SVP unter Dach



KANTONSRAT
JÜRIG TRACHSEL
FRAKTIONSCHIEF SVP
RICHTERSWIL

Der Regierungsrat unterbreitete dem Kantonsrat kurz vor den Herbstferien ein Budget, welches mit einem Aufwand von 14 Milliarden 472 Millionen und einem Ertrag von 14 Milliarden 322 Millionen mit einem Aufwandüberschuss von rund 150 Millionen rechnet. Das muss man sich einmal im Mund zergehen lassen: Eine bürgerlich geprägte Regierung mit einer freisinnigen Finanzdirektorin budgetiert ein Defizit und wird in ihren Bestrebungen einzig von den Sozialdemokraten und den Grünen unterstützt!

Doch dazu ist es dank der SVP und ihren bürgerlichen Bündnispartnern zum Glück nicht gekommen. Aber es ist festzuhalten: Der regierungsrätliche Antrag lag völlig quer in der finanzpolitischen Landschaft. Zwar ist der Regierungsrat gemäss Art. 60 KV «die oberste leitende und vollziehende Behörde des Kantons» und in dieser Eigenschaft legt er dem Kantonsrat, welcher gemäss Art. 50 KV im Zusammenwirken mit den Stimmberechtigten die verfassungsgebende und gesetzgebende Gewalt ausübt, auch einen Budgetentwurf vor, über welchen dieser alsdann beschliesst. So weit so gut, das ist die Theorie. Der Regierungsrat täte aber nach Auffassung der SVP-Fraktion gut daran, in der praktischen Zukunft den Fokus etwas mehr auf das «Vollziehende» als auf das «Leitende» zu setzen. Dann hätte er nämlich den «Wink mit dem Zaunpfahl» des Parlamentes letztes Jahr – als eben keine Steuererhöhung gewährt worden war – verstanden. Das tut er aber nicht, sondern er lamentiert, beklagt und setzt sich in altbewährter Tradition über die Budgetvorgaben des Parlamentes hinweg. In seiner finanzpolitischen Beurteilung im so genannt «Blauen Riesen» hält der Regierungsrat fest: «Der vorliegende KEF 2013–2016 rechnet in allen 4 Planjahren mit Defiziten in der Erfolgsrechnung. Das ist nicht weiter verwunderlich, nachdem der Kantonsrat eine Steuererhöhung für 2012 und 2013 abgelehnt und der Regierungsrat in der Folge Steuermehrerträge von rund 370 Millionen Franken (2013) und 500 Millionen Franken (ab 2014) aus der Finanzplanung gestrichen hat.» Kein Wort vom Willen zur Aufwandsenkung bzw. zum Sparen, wie es der Kantonsrat in seiner Mehrheit angeordnet hat. Stattdessen wird ausgeführt, mit welchen buchhalterischen Tricks es vermieden werden kann, ein Sparprogramm von jährlich 430 Millionen Franken zu schnüren, z. B. mit der beabsichtigten Ausklammerung eines Teils der BVK-Rückstellungen bei der Berechnung des mittelfristigen Ausgleichs. Man könnte meinen, ein Sparprogramm von gut 400 Millionen bei einem Etat von knapp 15 Milliarden sei des Teufels und schon rein objektiv gar nicht durchführbar. Dass der Regierungsrat lamentiert und buchhalterisch überaugenfällig in die Trickkiste greift,

mag in den letzten Jahren gut gegangen sein, es ist schliesslich in der Nachkriegszeit bis vor wenigen Jahren auch immer aufwärts gegangen: Mehr Lohn, mehr Verbrauch, mehr Wohnbauten, Frührentierungen noch und nöcher usw. Doch die Zeiten haben sich leider geändert: Der Platz wird eng und klein, Strassen und Züge sind voll, der Export v. a. in die Staaten der unter gewaltigen Schuldenbergen ächzenden EU geht zurück. Es geht an die Substanz, der politische Umgangston in Europa und abgeschwächt eben auch in der Schweiz wird härter und rauer. Der Regierungsrat scheint von alledem nichts zu merken. Nach wie vor meint er, ausgeglichene Budgets seien lediglich Einnahmeseitig zu bewerkstelligen. Nach Auffassung der SVP ist es nicht gottgegeben, dass der Staatshaushalt stetig wachsen muss. Es wurde in der Budgetdebatte oft gesagt, die Bevölkerungszahl sei gestiegen, einmal wurde von SP-Seite sogar eine Zahl genannt: 13% in zehn Jahren. Dass der Staatsaufwand aber seit 2000 um rund 50% gestiegen ist, wird von der entsprechenden Ratsseite verschwiegen. Die SVP-Fraktion steht ein für einen funktionierenden, aber eben auch schlanken Staat, leider oftmals als einsame Ruferin in der Wüste.

Doch die Wüste beginnt zu leben. Wenn sich schon der Regierungsrat nicht gerne als Verwaltungsrat im Unternehmen Staat sieht – es sei in diesem Zusammenhang gerne auf die regierungsrätlichen Ausführungen zum PUK-BVK-Bericht verwiesen, so muss in Zukunft offensichtlich der Kantonsrat diese Rolle übernehmen: Die Legislative sagt, wie viel gespart werden muss, der Regierungsrat als CEO sagt wo und wie. Doch die SVP stellt ernüchert fest: Die FDP-Finanzdirektorin will trotz budgetierten Defiziten nicht sparen! Regierungsrätliche Aussagen wie eben erwähnt verdeutlichen auch, dass sich der Regierungsrat weiterhin – wie eingangs erwähnt – ausschliesslich als «Leitende» und keinesfalls als «Vollziehende» Instanz sieht, obwohl ihm die Zürcherische Verfassung auch den Vollzug zuweist. Er sieht sich lediglich als Teil – wenn auch der oberste – der Verwaltung, aber nicht bzw. viel zu wenig als Politikerin oder Politiker. Würde wieder mehr Politik im Regierungsrat Einzug halten und nicht das Verwalten je länger je mehr überhand nehmen, würde der Regierungsrat mit dem Kantonsrat kooperieren und nicht in Abwehrhaltung verharren; seine Handlungsmaxime wäre: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Diesen Willen eben auch zur ausgabenseitigen Sanierung vermisst die SVP aber leider in der regierungsrätlichen Finanzpolitik sei Jahren.

Die SVP stimmt dem Budget zu. Nicht aus Begeisterung, nein, sondern deshalb, weil die SVP als grösste Partei im Kanton Zürich einerseits – wenn immer irgendwie noch vertretbar – ein Budget will und andererseits als bürgerliche Partei zu einem bürgerlich dominierten Budget JA sagen kann, d. h. zu einem Budget mit schwarzen Zahlen und verordneter Aufwandsenkung.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG ...

- ... das Budget 2013 beschlossen. 😊
- ... die erste Lesung zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz abgeschlossen. 😊
- ... die erste Lesung zum Gesundheitsgesetz abgeschlossen. 😊
- ... dem Kantonsratsgesetz und dem Geschäftsreglement des Kantonsrats zugestimmt. 😊
- ... eine PI betreffend Quellensteuer abgelehnt. 😞
- ... eine PI betreffend Erbschaftssteuer abgelehnt. 😞
- ... einem Postulat betreffend Sanierungsprogramm statt Steuererhöhungen zugestimmt. 😊

18. Dezember 2012

Weihnachtessen der SVP-Kantonsratsfraktion

ZB. Am vergangenen Montag verabschiedete der Kantonsrat in seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause das Budget 2013. Am Abend trafen sich im Zunfthaus zum Rüden rund 100 Persönlichkeiten der SVP des Kantons Zürich zum traditionellen Weihnachtessen der Kantonsratsfraktion. Auf Einladung von Fraktionspräsident Jürg Trachsel nahmen zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Gewerbe, Landwirtschaft und Justiz an diesem bedeutenden Anlass im SVP-Parteijahr teil.

Gastreferent war dieses Jahr Thomas Held, ehemaliger Direktor von Avenir Suisse und heute Aufbauleiter des Musikzentrums Rheinau.

Thomas Held sprach zum Thema «Stadt und Land», zu raumplanerischen Problemen von Stadt, Agglomeration und Land. Thomas Held zeigte auf, dass die Bevölkerungszahlen von Genf und Basel in den letzten zwanzig Jahren geschrumpft seien. Das Bevölkerungswachstum finde daher nicht in den Städten, sondern in der Agglomeration statt.

Unter den Gästen befanden sich nebst Regierungsräsident Markus Kägi und Regierungsrat Ernst Stocker sowie amtierenden Nationalräten auch die früheren Regierungsräte Rita Fuhrer, Alfred Gilgen und alt Ständerat Hans Hofmann. Parteipräsident Alfred Heer bedankte sich in einer Grussbotschaft für die Arbeit der SVP-Mandatare in allen Chargen. Ein besonderer Dank galt dem langjährigen Gönner Jakob Grimm, Oetwil am See, der auch dieses Jahr die Durchführung des Anlasses grosszügig ermöglichte.



Erfahrene SVP-Jungpolitiker: Die Kantonsräte Roman Schmid, Christian Lucek und Matthias Hauser.



Alt Regierungsrätin Rita Fuhrer im Gespräch mit SVP-Präsident Alfred Heer.



Fraktionspräsident Jürg Trachsel begrüsst Alt Regierungsrat Alfred Gilgen, in der Mitte SVP-Gönner Jakob Grimm.



SVP-Nationalrat Alfred Heer im kritischen Gespräch mit Gastredner Thomas Held. (Bilder: Christian Mettler)

FEIERN FÜR DEN NEUEN BUNDESPRÄSIDENTEN UELI MAURER

Zürich – Stadt und Land in SVP-Hand

Mit einer sympathischen, schlichten Feier wurde Bundespräsident Ueli Maurer in Zürich und in seiner Wohngemeinde Hinwil geehrt. Der erste Bundespräsident der Zürcher SVP bedankte sich für die vielen Ehrbezeugungen und Gratulationen herzlich und bescheiden.



Salutschüsse für den neuen Bundespräsidenten.

(Bilder: Christian Mettler)

rw. Der Ehrengast reiste mit seinen Gästen in einem SBB-Extrazug aus Bern zur Wahlfeier in Zürich an. Ueli Maurer ist der 16. Bundespräsident aus dem Kanton Zürich.

Unbeirrt und entspannt

In Zürich gab es einen grossen Bahnhof für den Bundespräsidenten. Er wurde von Zürcher Regierungsrat und vom Zürcher Stadtrat in corpore begrüsst. Mit der Korpsmusik der Kantonspolizei wurde die Festgesellschaft zum

Landesmuseum geleitet. Ein Salutschuss der historischen Landjäger Cantonal Polizey Zürich begrüsst den Magistraten und die hohe Gesellschaft. Im Innenhof des Landesmuseums hiess Stadtpräsidentin Corine Mauch den Bundespräsidenten für das Jahr 2013 willkommen. Regierungsrat Markus Kägi bezeichnete Ueli Maurer als «eigentümlich unbeirrt und beneidenswert entspannt». Musikalisch umrahmt wurde der Festakt durch das Christoph Walter Orchestra, bei dem

auch eine Tochter von Ueli Maurer musiziert.

Die SVP in der Hauptrolle

Mit der Wahl zum Bundespräsidenten wurde auch dokumentiert, dass die SVP als klar stärkste Partei einen Anspruch hat. Sie müsste mindestens zwei Mitglieder im Bundesrat stellen und damit auch häufiger den Bundespräsidenten. Immerhin war die Bundespräsidentenfeier ganz in SVP-Hand.

Regierungsrat Markus Kägi begrüsst Maurer und begleitete diesen den gesamten Teil der Feier auf Zürcher Boden. Der Hinwiler SVP-Gemeindepräsident Germano Tezzele durfte Ueli Maurer in dessen Heimatgemeinde empfangen – mit einem Umtrunk mit Weisswein oder Punsch für die Bevölkerung. Und schliesslich kam am Abendessen auch SVP-Parteipräsident Toni Brunner zu einer Tischrede – zu Ehren des neuen Bundespräsidenten.

Regierungsrat Kägi begrüsst die geladenen Gäste im Armeelogscenter Hinwil mit den Worten: «Nun hat auch Hinwil seine Ruhmeshalle!» Markus Kägi hiess Ueli Maurer willkommen: «Das ist ein grosser Tag für uns, für die Schweiz, für den Kanton Zürich und für Hinwil. Wir brauchen keinen König, wir haben Ueli Maurer. Unseren Bundespräsidenten – auf den

wir alle stolz sind!» Der Bundespräsident und VBS-Chef wurde vom Kanton Zürich mit einem Schaukästchen von speziellen Abgüssen einer historischen Zinnsoldatensammlung beschenkt.

Gschwelli und Chäs

Mit einem schlichten und sehr sympathischen Festessen mit Gschwelli und Chäs wurde die Wahl Ueli Maurers gefeiert. Das Fest wurde vom Jodlerklub Heimet Hinwil und dem Rekrutenspiel 16-3/2012 musikalisch würdig umrahmt.



Regierungsrat Markus Kägi und Bundespräsident Ueli Maurer im blauweissen Ornat.



Zürcher Landfrauen begleiteten den neuen Bundespräsidenten von Bern nach Zürich: Links Kantonsrätin Margreth Rinderknecht und hinten Nationalrat Max Binder.



Bundespräsident Ueli Maurer wird in Zürich von SVP-Gönner Jakob Grimm und Nationalrat Hans Fehr in die Mitte genommen. Hinten die beiden Kantonsräte Willy Haderer und Christian Lucek.

DER PRIVAT- UND GÜTERVERKEHR ALS GOLDESEL

7,3 Milliarden Franken für die Bundeskasse

In der Schweiz liefert der private Personen- und Güterverkehr über Treibstoff, Autobahnvignette, Schwerverkehrsabgabe und Autokauf dem Staat in verschiedenen Formen über 7,380 Mia. Franken ab. Davon sind 4,614 Milliarden Franken in die Finanzierung von Strasse und Schiene geflossen.

RoMü. Wenn ein Automobilist an der Zapfsäule 50 Liter Treibstoff für 1.75 Franken tankt und dafür 87.50 Franken zahlt, streckt der Schweizer Fiskus im Hintergrund gierig seine offene Hand aus. Die Mineralölsteuer beansprucht bereits 21.56 Franken dieser Tankfüllung. Weitere 15 Franken fordert der Fiskus mit dem Mineralölzuschlag ein. Doch damit ist der Staat noch nicht zufrieden. Für die Pflichtlagerhaltung (Carbura-Gebühr) werden 20.5 Rappen fällig, der Klimarappen schlägt mit 75 Rappen zu Buche und schlussendlich zahlt man bei einem Spritpreis von 1.75 Franken nachmals stattliche 7 Franken an Mehrwertsteuer

(8 %). Somit hat der Staat bei dieser Tankung 43.89 Franken oder pro Liter beachtliche 87,8 Rappen mitkassiert. Gesamthaft floss 2011 allein über die Mineralölsteuern 5,020 Mia. Franken in die Bundeskasse.

Doch diese Steuern sind noch lange nicht alle Abgaben, welche der Bund und auch die Kantone aus dem Strassenverkehr einziehen. Bei der Einfuhr und der Herstellung von Automobilien erhebt die Zollverwaltung eine Steuer von 4 Prozent auf dem Wert, was 2011 beachtliche 408 Mio. Franken in die Staatskasse spülte. Der Erlös aus der Nationalstrassenabgabe (Vignette) betrug 360 Mio. Franken. Schlussendlich

sorgt auch die gewichtabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) mit weiterer 1,555 Mia. Franken für einen beachtlichen Zuschuss in die Bundeskasse. Von der letzten fliesst aus dem verbleibenden Reinertrag wiederum ein Drittel in die Kantone, so dass dem Bund 805 Mio. Franken verbleiben. Aus den Gesamteinnahmen des Strassenverkehrs sind es schlussendlich nur deren 4,614 Mia, welche dem eigentlichen Verkehr zur Verfügung stehen.

Finanzierung von Schiene und Strasse

Die Finanzierung von Schiene und Strasse ist sehr unübersichtlich und kompliziert. Auf der Ertragsseite stellt der Bund aus den verschiedenen Abgaben des Strassenverkehrs die 4,614 Mia. Franken oder 62,5 Prozent aller entsprechenden Einnahmen und weitere nicht gebundene Bundesmittel (3,186 Mia.) und das Mehrwertsteuerpromille (317 Mio.) von gesamthaft 3,503 Mia. Franken zur Finanzierung von Schiene und Strasse bereit. Gesamthaft floss davon 2011 ohne Erträge aus dem Billettverkauf und Güterverkehr 4,802 Mia. Franken in die Bahnen und 3,578 Mia. Franken in den Strassenverkehr.

Die Gelder für die Spezialfinanzierung Strassenverkehr erfolgt mit 50 Prozent des Reinertrages der Mineralölsteuer (1,489 Mia. Franken) und dem Mineralölzuschlag (1,994 Mia. Franken), was gesamthaft 3,483 Mia. Franken ergibt. Mit weiteren 326 Mio.

Franken von der Nationalstrassenabgabe wird diese Kasse geöffnet. Aus dieser Kasse wird wiederum der Topf des Infrastrukturfonds mit 1,703 Mia. gefüllt. Dabei setzt sich der Betrag aus ordentlichen 853 Mio. sowie einer zusätzlich benötigten Einlage von 850 Mio., zusammen. Aus diesem Fonds wurden 700 Mio. Franken in die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes sowie 48 Mio. in die Beseitigung von Nationalstrassenengpässen und 44 Mio. in Hauptstrassen in Randregionen investiert.

Ebenfalls wurde aus dieser Kasse der Agglomerationsverkehr mit 486 Mio. Franken gefördert. Mit weiteren Geldern aus dieser Spezialfinanzierung wird der FinöV-Fonds mit 279 Mio., der Güterverkehr auf der Schiene mit 244 Mio. und Regionalverkehr mit 2 Mio. gefüllt.

Schwerverkehr zahlt NEAT

Für die Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte wie die NEAT wurde der

FinöV-Fonds ins Leben gerufen, welcher aus verschiedenen Quellen gespeist wird.

Dabei trägt die Schwerverkehrsabgabe (LSVA) mit einem Anteil von 61 Prozent die Hauptlast der Finanzierung. Entsprechend wird der Fonds einerseits mit zwei Drittel der LSVA-Nettoerträge (805 Mio. Franken) und andererseits mit einem Mehrwertsteuerpromille mit weiteren 317 Mio. Franken geöffnet.

Zudem werden aus dem Fonds Spezialfinanzierung Strassenverkehr weiter 279 Mio. Franken für den FinöV-Fonds beansprucht. Aus dieser Kasse wurden 2011 die Bahngrossprojekte mit Schwergewicht NEAT mit 1,320 Mia. Franken finanziert.

Da es sich bei beiden Abgaben mit Mehrwertsteuerpromille und LSVA um eigentliche Konsumsteuern geht, trägt jede Person in der Schweiz über ihren Konsum mit rund 230 Franken an die Finanzierung der Bahngrossprojekte bei.



Mit der LSVA werden die Eisenbahngrossprojekte finanziert.

Lastwagen als Milchkuh

Heute erweisen sich der Binnen- sowie der Im- und Exportschwerverkehr als eigentliche Geldmaschine für den Fiskus. Diese füllen zu 89 Prozent die Kasse der LSVA, die restlichen 11 Prozent entfallen auf den Transitverkehr. Ein moderner Überlandanhängerzug, welcher die höchste Emissionsklasse Euro 6 erfüllt, mit einem Gesamtgewicht von 40 Tonnen und einer Nutzlast von rund 28 Tonnen unterwegs ist, in einem Jahr 100 000 km zurücklegt, leistet dafür happige Abgaben. Allein die LSVA beläuft sich auf 82 000 Franken, welche aber je nach Motorart bis auf 124 000 Franken ansteigen kann. Bei einem Dieserver-

brauch von 30 Liter je 100 km kommen dann weitere rund 26 000 Franken Treibstoffabgaben dazu. Zudem kostet das Einlösen eines Camions in dieser Grösse je nach Kanton rund 4000 bis 6000 Franken. Damit fliesen pro Kilometer Lastwagenfahrt mit einem 40-Tonner 1.08 bis 1.50 Franken in die Staatskasse. Konkret heisst dies, dass nur ein intensiver Binnen-Schwerverkehr mit seinen Abgaben die Bahngrossprojekte finanzieren kann. Bricht dieser massiv ein, so gehen dem Staat beachtliche Erträge verlustig. Eine Verlagerung auf die bereits defizitäre Güterbeförderung auf der Schiene würde die Kostenschere noch weiter öffnen.

ERITREISCHE «DIENSTVERWEIGERER» ERGATTERN WEITERHIN ASYL

Madame will nicht

Im Rahmen der (äusserst sanften) «Verschärfung» des Asylrechts wurde eine weltweit einzig in der Schweiz geltende Regelung endlich aufgehoben: Dienstverweigerer wurden vom Asylrecht ausgeschlossen.



ULRICH SCHLÜER
A. NATIONALRAT SVP
FLÄSCH ZH

Kein Land dieser Welt gewährt Dienstverweigerern Asyl. Bis vor kurzem war Dienstverweigerung weltweit einzig in der Schweiz anerkannter Asylgrund. Mit den bekannt drastischen Folgen: Wer immer als Schwarzafrikaner illegal in die Schweiz gelangen und sich hier dauernden Aufenthalt ergattern wollte, brauchte bloss seine Papiere zu vernichten oder zu verstecken und sich danach als Staatsbürger eines Landes auszugeben, wo eine Armee in kriegerische oder kriegsähnliche Auseinandersetzungen verstrickt war. Aus dieser Armee sei man, beteuerten diese Ankömmlinge dann, ausgerissen, weshalb man jetzt «unter Bedrohung stehe», woraus Anrecht auf Asyl in der Schweiz entstanden sei.

Bald mehr Dienstverweigerer als Soldaten

Buchstäblich zu Tausenden wurden aus Afrikanern von irgendwoher plötzlich «Eritreer», die dann behaupteten, sich – selbstverständlich aus «Friedensliebe» – aus der eritreischen Armee abgesetzt zu haben. Hier in der Schweiz, beraten von cleveren – aus Steuergeldern entschädigten – Anwälten, lernten die angeblichen Dienstverweigerer rasch alle Kniffe der Renitenz, so dass die Funktionäre des hiesigen Bundesamtes für Migration regelmässig «auf Granit bissen», wenn sie – zweifelnd an der behaupteten eritreischen Staatsbürgerschaft der Ankömmlinge – herauszufinden hatten, woher all die Illegalen denn tatsächlich stammten. Notorische Kooperations-Verweigerung sichert vielen papierlosen Illegalen hier schliesslich Asyl.

Und jeder Schweizer konnte auf Bahnhöfen, in Strassen und auf Plätzen feststellen: In der Schweiz halten sich dank gewiefter Täuschung der Behörden womöglich bald mehr «eritreische Deserteure» auf, als die Armee Eritreas je Soldaten gezählt hat ...

Missbrauch endlich behoben

Mit diesem buchstäblich tausendfach angewendeten Missbrauch – um nicht zu sagen «grobem, widerwärtigen Unfug» – räumte das Parlament im Laufe des Jahres 2012 endlich auf, nachdem schon Christoph Blocher seinerzeit als Bundesrat im Jahr 2007 diese offensichtliche Missbrauchspforte mittels Dringlichem Bundesbeschluss beseitigen wollte. Dies konnte er indessen – infolge seiner Abwahl aus der Landesregierung – nicht mehr realisieren. Seine Nachfolgerin, Eveline Widmer-Schlumpf, zog es danach vor, die bereits fixfertige Vorlage sozusagen aus Rache am Vorgänger in den Papierkorb zu werfen.

Fünf Jahre später erst, 2012, gelang es dem Parlament endlich, diese unsinnige, Missbrauch geradezu anzie-

hende Exklusivität schweizerischer Asylpraxis – «Asylrecht für Dienstverweigerer» genannt – zu eliminieren.

Solches glaubten zumindest jene, die bislang davon ausgegangen sind, dass verbindliche Parlamentsbeschlüsse von Bundesrat und Bundesverwaltung auch respektiert würden. Dies werden sie allerdings nicht – jedenfalls nicht im hier geschilderten Fall.

Die Bundesrätin pfeift aufs Parlament

Inzwischen liegen neue Zahlen vor: Sie beweisen, dass sich bezüglich Einwanderung von Eritreern in die Schweiz rein gar nichts geändert hat. Nach wie vor ist die Schweiz das Ziel-land angeblicher eritreischer Dienstverweigerer, die allzu oft weder Eritreer noch Dienstverweigerer sind. Aber Simonetta Sommaruga, heute als Bundesrätin für Asyl(un-)wesen zuständig, glaubt, diese «Dienstverweigerer» einfach unter anderem Titel als «Opfer verletzter Menschenrechte» hier mit Asyl beglücken zu können.

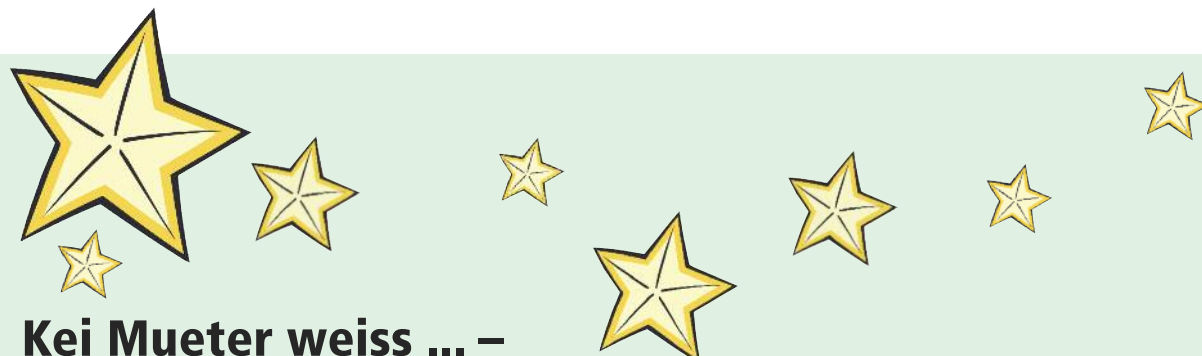
Wohlgemerkt: Dieses angebliche «Menschenrecht auf Dienstverweigerung» existiert einzig in der Schweizer Asylpraxis. Kein anderes Land der Welt, kein Rechtsstaat, der Menschenrechte ebenfalls ernst nimmt, anerkennt «Dienstverweigerung» als Menschenrecht. Also erklären sich – beraten von cleveren, vom Steuerzahler zu entschädigenden Anwälten – täglich Dutzende Schwarzafrikaner sans papiers zu «eritreischen Dienstverweigerern», von denen die meisten am vom Parlament beschlossenen Recht vorbei ihr Dableiben in der Schweiz dann auch erzwingen können.

Einmal da, pflegen sie die Behörden unseres Landes meist sehr ausgiebig zu beschäftigen. Denn die meisten «Dienstverweigerer» fallen unverzüglich der hiesigen Sozialhilfe anheim, was ihnen ein angenehmeres Leben verspricht, als wenn sie ihren Lebensunterhalt durch täglich aus eigener Kraft zu leistende Arbeit bestreiten müssten.

Wobei sich einige dieser menschenrechtlich verfolgten «Dienstverweigerer» allerdings gewisse zusätzliche Einnahmen im «illegalen Sektor» zu sichern vermögen, zum Beispiel im Drogenhandel, in der Kleinkriminalität usw. Einigen wenigen gelingt sogar eine «Karriere» in höhere Sphären noch einträglicher Kriminalität ...

Dies alles geschieht, weil an der Spitze des Eidgenössischen Justizdepartements, welches eigentlich für die Einhaltung von Recht und Ordnung in unserem Land zuständig wäre, eine Bundesrätin steht, die auf Recht, welches das Parlament nach Regeln unserer Bundesverfassung geschaffen hat, das ihr aber nicht so recht in den Kram passen will, schlicht und einfach pfeift ...

Ulrich Schlüer ist Chefredaktor der «Schweizerzeit»,
www.schweizerzeit.ch



Kei Mueter weiss ... – Gedanken zum Weihnachtslied von Paul Burkhard

Paul Burkhard, dessen 100sten Geburtstag wir 2011 feierten, ist vor allem bekannt durch die Melodie von «O mein Papa» oder vom Musical «Die kleine Niederdorfoper» mit dem Lied «De Heiri hät es Chalb verchauft.»

Steigender Beliebtheit erfreut sich sein Musical «D' Zäller Wiehnacht», ein musikalisches Krippenspiel mit Mundartliedern für Kinder. Ein Lied daraus hat es mir besonders angetan: «Kei Mueter weiss, was ihrem Chind wird gscheh, kei Mueter chan i d' Zuekunft gseh. Ob ihres Chind muess liide, oder ob mer's gar wird beenniide? Kei Mueter weiss, was ihrem Chind wird gscheh.»

Jeder Mutter und jedem Vater von erwachsenen Kindern wird dieses Lied aus dem Herzen sprechen. Erinnerungen werden wach an frühere Zeiten, als der Säugling friedlich schlummernd oder selig lächelnd dalag, die Zukunft offen vor sich, begleitet von den besten Wünschen von Verwandten und Freunden. Doch schon allzu bald wich die Idylle den Trotzphasen, den kräftigen, nicht immer angenehmen Willenskundgebungen des Dreikäsehochs.

Am ersten Schultag dann waren alle Hoffnungen auf Glanzresultate im Lesen, Rechnen, Schreiben ausgerichtet und wurden leider schon bald enttäuscht: Mittelmässigkeit, Unaufmerksamkeit, schlechtes Benehmen, Streit auf Pausenplatz und Schulweg, überforderte Lehrerinnen ... Die Kinder müssen sich den Ungerechtigkeiten der Welt stellen, und tun dies oft in einer Weise, die die Eltern enttäuscht. Geduld, Verständnis und stetes Begleiten sind nötig, damit die Kinder ihren eigenen richtigen Weg finden.

In der Pubertät zeigt das Kind vollends Eigenheiten, die den Eltern fremd sind, die sie nicht einordnen können, weil sie nicht ihren Vorstellungen von ihrem Kind entsprechen. Auch da gilt es, Freiheiten zu gewähren, damit sich der junge Mensch seiner Bestimmung gemäss entfalten kann, und gleichzeitig Halt und Hort zu bieten. «Kei Mueter weiss, was ihrem Chind wird gscheh, kei Mueter chan i d' Zuekunft gseh. Wird ihres Chind rich erbe, oder als arme Bättler scharbe? Kei Mueter weiss, was ihrem Chind wird gscheh.»

Für Maria, die Mutter Jesu, haben diese Worte allerdings eine Bedeutung von so unglaublichem Ausmass gehabt, wie sie uns Gewöhnlichen gottlob erspart bleibt. Schon die Ankündigung der Geburt Jesu ist aussergewöhnlich: Ein Engel spricht zu Josef: «Sie wird aber einen Sohn gebären, und du sollst ihm den Namen Jesus

geben, denn er wird sein Volk erretten von ihren Sünden» (Matth. 1, 21). Kaum geboren wird das Kind von Weisen aus dem Morgenland besucht: «Wo ist der neugeborene König der Juden? Wir haben nämlich seinen Stern im Morgenland gesehen und sind gekommen, ihm zu huldigen» (Matth. 2, 2). Darauf folgt die Flucht nach Ägypten und später die Rückkehr der Familie nach Israel.

Als 12-jähriger sitzt Jesus in der Synagoge und lehrt die Schriftgelehrten, ohne dass seine Eltern davon wissen. ««Warum habt ihr mich gesucht? Wusstet ihr nicht, dass ich sein muss in dem, was meines Vaters ist?» Und sie verstanden das Wort nicht, dass er zu ihnen sagte» (Lukas 2, 49–50).

Als junger Mann zieht Jesus mit Jüngern übers Land und vollbringt Heilungen und Wunder. Er lebt ein völlig unangepasstes, auf Gott ausgerichtetes Leben. Er predigt Unglaubliches und wird nicht verstanden. Seine Verkündigungen sind weit entfernt von «mainstream» und von «political correctness»; sie sind provozierend und für manche gar blasphemisch. So «sprach der Hohepriester zu ihm: «Ich beschwöre dich bei dem lebendigen Gott, dass du uns sagest, ob du der Christus, der Sohn Gottes, bist.» Jesus antwortet ihm: «Du hast es gesagt. Ja, ich sage euch: Von jetzt an werdet ihr den Sohn des Menschen sitzen sehen zu Rechten der Macht und kommen auf den Wolken des Himmels.» (Matth. 26, 63–64). ... Sie aber antworteten und sprachen: «Er ist des Todes schuldig.» (Matth. 26, 66). Jesus wird also in jungen Jahren zum Tode verurteilt und gekreuzigt. Doch drei Tage später ist sein Grab leer; ein Engel verkündet: «Er ist nicht hier; denn er ist auferweckt worden, wie er gesagt hat ...» (Matth. 28, 6). In Galiläa trifft der Auferstandene seine Jünger: «Mir ist alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden. Darum gehet hin und machet alle Völker zu Jüngern und taufet sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes, und lehret sie alles halten, was ich euch befohlen habe und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an das Ende der Welt» (Matth. 28, 18–20).

«Kei Mueter weiss, was ihrem Chind wird gscheh, kei Mueter chan i d' Zuekunft gseh. Dient er emal am Böse, oder chan er eus all erlöse? Kei Mueter weiss, was ihrem Chind wird gscheh.»

Silvia Blocher,
Herrliberg

Mehr unter: www.blochersilvia.ch



«PARADIGMENWECHSEL»

Hilfe, Intellektuelle, die nicht denken!



CLAUDIO ZANETTI
KANTONSRAT SVP
ZOLLIKON

Manchmal frage ich mich, ob die Millionen und Milliarden, die wir für unser Bildungssystem ausgeben, tatsächlich gut angelegt sind. Wenn ich beispielsweise feststellen muss, wie sich Politiker und Mainstream-Journalisten, die einmal hier zur Schule gingen, selbst einfachsten Gedankengängen kategorisch verweigern, komme ich zum Schluss, dass man das Geld ebenso gut im Rahmen einer grossen Party hätte verbubeln können.

Die vom Weltschmerz geplagte Linke ist beispielsweise überzeugt, dass der westliche Kolonialismus die so genannte Dritte Welt praktisch unheilbar zerstört hat, und «der Westen» damit eine Art Erbschuld auf sich geladen hat. Dass diese These einer kritischen Beurteilung nicht standhält, und viele frühere Kolonien prächtig gedeihen, wird verdrängt. Fakten sind Dogmatikern bekanntlich lästig. Doch das ist noch nicht der ganze Ausdruck für die geistige Verarmung, die ich kritisiere. Wenn man schon der Meinung ist, Kolonialismus sei etwas Schlechtes, dann soll man daraus auch die entsprechenden Schlüsse ziehen. Ein simpler Syllogismus müsste etwa lauten:

- Kolonialismus ist schlecht.
 - Die EU führt sich wie eine Kolonialmacht auf.
 - Also ist die EU schlecht.
- Jedes Kind begreift das. Nicht aber

unsere selbsternannte geistige Elite. Wenn es um die EU geht, ist Schluss mit Logik. Dann gilt nur noch Ideologie. Dann glaubt und predigt man sogar das vom «Friedensprojekt».

Kolonialistisches Gehabe der EU

So war in den vergangenen Tagen in unseren zwangsgebührenfinanzierten Staatsmedien immer wieder zu hören, die EU verlange von Luxemburg den automatischen Informationsausgleich, während die Schweiz klug genug war, sich dieser zentralistischen Funktioniärsherrschaft nicht zu unterwerfen.

Sollte sich die EU also in schweizerische Belange einmischen, wäre das ein klarer Fall von Hegemoniestreben in kolonialistischer Tradition. Dagegen müsste die Linke im Grunde aufbegehren. Doch dem stehen offensichtlich ideologische Motive entgegen.

Schutz des Bürgers oder Schutz des Fiskus?

Im gleichen Kontext findet sich ein weiteres Beispiel für den intellektuellen Bankrott des linken Mainstreams, der sich gerne als «progressiv» bezeichnet.

Schon in diesem Begriff kommt eine geistige Beschränktheit zum Ausdruck: Es wird suggeriert, neu sei a

priori besser als alt. Anstatt zu fragen, ob eine Lösung gut oder schlecht sei, wird sie beklatscht, weil sie «neu», «modern» oder auch nur «zeitgemäss» sei. Gegenwärtig ist man aus dem Häuschen, weil in Sachen «Bankgeheimnis» ein Paradigmenwechsel ins Haus stehe. Der Begriff «Paradigmenwechsel» genügt gewissen Leuten offenbar als Argument. Dabei braucht man auch hier kein Nobelpreisträger zu sein, um die einzig richtige – von der Logik gebotene – Frage zu stellen: Ist die neue Lösung besser oder schlechter? Je nachdem bin ich dafür oder dagegen.

Schauen wir uns diesen «Paradigmenwechsel» mal etwas genauer an: Bisher galt in der Schweiz das Paradigma «Privatsphäre steht über fiskalischen Interessen». Der Staat vertraute den Bürgern, die ihn schliesslich ausmachen. Und dieses Vertrauen wurde durch eine sehr geringe, ja vernachlässigbare Steuerhinterziehung belohnt. In der EU gilt die umgekehrte Devise «Fiskus vor Privatsphäre». Diese vollkommen unterschiedliche Staatskonzeption kommt auch darin zum Ausdruck, dass wir in der Schweiz die Steuerbelastung zum Schutz der Bürger in der Verfassung festlegen, während in der EU Mindeststeuersätze gelten, was dem Staatsapparat das Recht gibt, sich praktisch nach Belieben zu bedienen.

Wir haben es also tatsächlich mit verschiedenen Paradigmen zu tun. Doch nach den Regeln der Logik wird jeder intelligente Mensch alles daran setzen, den von der Linken geforderten Paradigmenwechsel nicht zu vollziehen.

Erfolgreich werben
im «Zürcher Bote» und «Zürcher Bauern»

Jetzt die Mediadaten 2013 bestellen!
print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70 • Fax 044 924 20 79
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Fadegrad

Die Weder-Noch-Partei



VON
BRUNO SIDLER

Die Gesamterneuerungswahlen 2010 hatten ein vermeintliches Parteien-Wunder an die Gefilde des Zürcher Gemeinderates gespült: Die Grünliberalen. Allerdings treten sie mit einem ungewöhnlichen Konzept an: Sie wollen bürgerlich-liberal sein, sie wollen aber auch grün sein. Schlau, denkt man auf Anhieb. Wenn es passt, macht man bürgerliche Politik. Und wenn es anderweitig passt, macht man grüne und linke Politik. Um es bildhaft zu formulieren: Grün-liberal politisieren ist wie gleichzeitig Gas geben und bremsen beim Autofahren.

Zu Beginn ihrer Ratstätigkeit liessen die Grünliberalen ein paar Highlights der bürgerlichen Unterstützung steigen. Mittlerweile ist diese Politik bereits Makulatur und die Linkslastigkeit scheint immer mehr Programmpunkt zu sein. Vor einiger Zeit war die Partei noch im Boot des bürgerlichen Tickets, das gemeinsam eine Beschränkung des städtischen Budgets wollte. In der Budgetdebatte von vergangener Woche steigerte sich der Linksdrall der Grün-Liberalen in schwindelnde Höhen. Fast ausschliesslich linke Budgetanträge wurden unterstützt. Das Verhalten zeigte deutlich, dass im nächsten Frühling eine Stadtrats-Ersatzwahl ansteht, an der sich die Grün-Liberalen beteiligen wollen. So waren denn die drei Tage Budgetberatung ein unablässiger intensiver Werbespot, um linke Wählerstimmen für die grünliberale Einsitzname in der städtischen Exekutive zu gewinnen.

Kaum sind die Neopolitiker den parlamentarischen Kinderschuhen entwachsen, wollen sie selbstbewusst im Stadtrat mitmachen und regieren. Im gemeinderätlichen Alltag bezeichnen sich die Jungpolitiker selbst als parlamentarische Lehrlinge, mit denen wir anderen Geduld haben sollten, wenn sie mehr Zeit benötigen, um beispielsweise die Kommissionsarbeit besser zu verstehen. Und die wollen als Lehrlinge die Stadt Zürich regieren?

Es ist jedem Individuum und jeder Gruppierung unbenommen, ein Politik-Programm nach dem eigenen Gusto anzubieten. Das Credo «grün/links» und «liberal/bürgerlich» ist weder noch – weder grün, noch bürgerlich. Es ist weder Fisch, noch Vogel. Ob damit erfolgreiche Politik betrieben werden kann? Erfahrungen aus der Vergangenheit sagen Nein. Parteien mit «Weder noch»-Programmen haben es schwer. Und die Grünliberalen scheinen dieser Kategorie anzugehören. Schade!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

SVP-Bescherung für den Stadtrat

Dank straffer Führung des Ratspräsidenten und der Disziplin aller Gemeinderätinnen und Gemeinderäte konnte die Budgetdebatte nach 320 Anträgen noch am Samstag von letzter Woche beendet werden. Somit hatten wir an diesem Donnerstag Zeit, diverse Weisungen abzuschliessen und Vorstösse des Präsidialdepartementes zu behandeln.



MARGRIT HALLER
GEMEINDERÄTIN SVP
ZÜRICH 9

Weihnachten stand schon vor der Tür. Drei von SVP Fraktionsmitgliedern eingereichte Vorstösse wurden überwiesen, zwei davon bescherten wir Stadtratspräsidentin Corinne Mauch gegen ihren Willen.

Es ging um eine Änderung der «Verordnung über die Weisung an die Stimmberechtigten, Gemeinderatsbeschluss vom 15. März 1995». Eine von Mauro Tuena und Roger Liebi eingereichte Motion verlangt, den Art. 10 Abs. 3 zu streichen. Der besagt, dass der Stadtrat zu einem Minderheitsstandpunkt nochmals eine Replik publizieren darf.

Gleich lange Spiesse gefordert

In der Abstimmungszeitung legt der Stadtrat den Standpunkt der Mehrheit des Gemeinderates dar. Die Minderheit darf fast unterwürdig ihre Meinung mit sehr vielen Vorgaben gekürzt

und geprüft einbringen und dazu bringt der Stadtrat eben noch seine Replik.

Bei einer offiziellen Abstimmungsinformation sollten beide Seiten über gleich lange Spiesse verfügen dürfen. Für den Stimmbürger ist die doppelte Abstimmungsmeinung des Stadtrates verwirrend. Pro und Contra genügen. Der Stadtrat übergeht so die Minderheit und demonstriert ein Machtgehabe gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die schliesslich das letzte Wort haben. Die SVP-Motion wurde einstimmig überwiesen, die Replik des Stadtrates ist somit abgeschafft und das demokratische Verständnis wieder hergestellt.

Entschlackung der Stadtentwicklung

Im Postulat 2010/250 von Daniel Regli und Roland Scheck wir der Stadtrat gebeten, die Stadtentwicklung Zürichs zu verschlanken und zu optimieren. Allein auf diesem Postulat sind schon 20 verschiedene Organisationen aufgezählt. Es findet schwergewichtig Integrations- und Wirtschaftsförderung

statt. Die SVP möchte zudem schon lange, dass die Wirtschaftsförderung dem Finanzdepartement zugeteilt wird. Beim Durchlesen dieser Aufzählung an Organisationen wird einem fast schwindlig. Die eine Hand weiss nicht, was die andere macht. Doppelspurigkeiten verbrauchen unnötige Personalressourcen und generieren Kosten für Löhne, Arbeitsplätze, Reisespesen, Symposien, Fachtagungen und sonst welche Gremien. In der Privatwirtschaft wäre das nicht möglich. Eine Verschlingung dieser ausufernden Stadtentwicklungsaktivitäten würde Kosten sparen und die Stadtentwicklung erst noch thematisch profitieren.

Die Mehrheit im Rat findet das auch und das Postulat wird überwiesen.

Mehr «Züri» für das «Züri-Fäscht»

Mit einem nächsten Postulat beweisen Bernhard im Oberdorf und Urs Fehr, dass die SVP durchaus Sinn für kulturelle Verbesserungen hat und möchten, dass das Abendprogramm des «Züri-Fäschts» wieder ansprechender gestaltet wird. Früher waren noch Quartier-

vereine, Jugendgruppen und Gewerbetreibende mit Infoständen am «Züri-Fäscht» präsent und förderten das Zusammengehörigkeitsgefühl. Derzeit herrscht in den Abend- und Nachtstunden von den verschiedenen Open Air Discos ausgehend ein ohrenbetäubender Lärm, der jedes Gespräch im Keime erstickt. Damit reduziert sich das Fest zu einer bier- und weinseligen Riesenparty. Das «Züri-Fäscht» sollte thematisch wieder aufgewertet werden, Besucher sollen sich einbringen können. Das findet die Mehrheit des Rates auch und überweist das Postulat.

Die Überweisung dieser drei Postulate waren für mich ein schöner Jahresabschluss im Gemeinderat. Die Demokratie wurde gestärkt, Effizienz und Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung gefordert und da der Mensch nicht nur von der Arbeit alleine lebt und das Leben auch geniessen soll, das Festen aufgewertet.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen frohe Weihnachten, geruhsame Tage, einen guten Rutsch, Gesundheit und Wohlergehen im 2013.

LESERBRIEFE

EU sieht Schweiz als unerwünschten Nebenbuhler

Die Gründe für die unverschämten hohen Geldforderungen und andere «Unfreundlichkeiten» aus Brüssel an die Adresse der Schweiz sind am Ursprung dieser gigantischen europäischen Fehlkonstruktion zu suchen. Schon die EG war ein ursozialistisches Produkt der Gleichmacherei.

Jacques Delors, ein überzeugter Sozialist und französischer Etatist alter Schule, war die Triebfeder zur Gründung der Montan-Union und einem ersten europäischen Zusammenschluss. In Helmut Kohl fand er einen willigen, wenn auch nicht unbedingt begeisterten Mitläufer. Der Preis für die Einwilligung der Franzosen zu einer Integration der DDR war das Einverständnis der Deutschen zu einer Einheitswährung. Kohl setzte sich trotz grossem Widerstand in den eigenen Reihen durch und ermöglichte es leider den französischen Etatisten, der Gemeinschaft bis heute ihren sozialistischen Stempel aufzudrücken.

Ein wesentlicher Bestandteil sozialistischer Logik ist, dass ungleiche Lebensverhältnisse per se ungerecht sind. Ergo müssen diese eingeebnet werden. Zum sozialistischen Brüsseler Credo gehört daher auch die Ausschaltung jeglichen Wettbewerbs, und zwar sowohl innerhalb der EU als auch zwischen der EU und Nicht-EU-Staaten. Ein Paradebeispiel dafür ist das Verhalten gegenüber der Schweiz, die der EU wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand in Freiheit in nächster Nachbarschaft vor Augen führt. Es darf einfach nicht sein, dass der sparsame kleine Wicht den Geld verschleudernden Bürokrati-

tenkoloss in allen Belangen abhängt. Deshalb muss der unerwünschte Nebenbuhler mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln auf das «richtige» Mass zurückgestutzt werden. Brüssel möchte die Schweiz durch die Hintertür zu einem De-facto-Beitritt zwingen, um sich diesem lästigen Wettbewerb endlich entziehen zu können. Als Nebenprodukt fielen erst noch milliardenschwere Kohäsions- und Nettobeitragszahlungen für Brüssel an. Dahinter steckt die sozialistische Logik der Gleichmacherei, einer Nivellierung nach unten. Wir müssen alle «Griechen» werden, damit die Wettbewerbsunterschiede verschwinden. «Gleichheit im Elend» heisst die Losung der EU! Die ultimativ vorgetragenen Forderungen sollen auch die Eidgenossen weichklopfen.

Wir bräuchten jetzt ein paar selbstbewusste «Winkelriede» in Bern, die nicht mit «weichen Knien» antreten und schon mit Kompromissen in die Verhandlungen steigen. Sie dürften sich von Grösse und Macht nicht blenden lassen und müssten sich vor Augen halten, wie angeschlagen die EU in Wirklichkeit ist.

Wir wollen keinem «angefaulten» Einheitsstaat beitreten! Auch Erich Honecker meinte noch kurz vor dem Mauerfall, die DDR bräuchte mehr, nicht weniger Sozialismus. Prominente deutsche Ökonomen sind sich einig, dass die gegenwärtigen Rundumschläge im Eurobereich lediglich «einer gesetzeswidrigen und nutzlosen Konkursverzögerung» gleichkämen.

Robert Nieth, Walchwil ZG

Erpressungspolitik des Zwangsbeitritts

Wer stärker werden will, braucht Sparings-Partner, die besser sind. Wie demokratisch ist eigentlich die nichtmilitärische Aggression, die uns zum freiwilligen EU-Beitritt zwingen soll, abgestützt? Die Schweiz handelt seit Jahrhunderten mit den europäischen Ländern. Sie ist seit langem europäischer als viele andere. Wenn jemand diesen Handel heute sabotiert, dann ist es die EU mit ihrer Erpressungspolitik des Zwangsbeitritts. Die Schweiz hat sich nicht verändert, sie ist offen geblieben für Austausch im gegenseitigen

Interesse. Das, was die EU schaffen will, haben wir schon längst. Wir wollen keine «Implementierung eines neuen Gesellschaftsmodells» wie das die EU im Kleingedruckten vorsieht. Dass das kleinste, geographisch schönste und florierendste Land sich nicht erlauben kann, jeden aufzunehmen, der hierher kommen will, würde sogar Jesus und Pfarrer Sieber einleuchten. Man darf uns aber jederzeit kopieren, wir helfen dabei!

Meinrad Odermatt, Zug

Jetzt anmelden



Die SVP Stadt Zürich
lädt Sie herzlich ein zur Führung durch das

Kriminalmuseum der Kantonspolizei Zürich

mit anschliessendem **Workshop** zum Thema **Kultur**
(im Hinblick auf die Aktualisierung des SVP-Programms 2014–2018)

Donnerstag, 31. Januar 2013
17.15–21.00 Uhr

17.15 Uhr Treffpunkt der Teilnehmenden an der Kasernenstrasse 29,
8004 Zürich (kantonale Polizeikaserne)

17.20 Uhr Führung durch das Kriminalmuseum (bis ca. 19.15 Uhr)

19.30 Uhr Treffpunkt der Teilnehmenden an der Lagerstrasse 5, 8004
Zürich (Hochschule für Wirtschaft Zürich, Raum 218; 5 Min. zu
Fuss vom Kriminalmuseum; kleine Verpflegung und Getränke
werden offeriert)

19.45 Uhr Kurze Einführung ins Thema
20.00 Uhr Erarbeiten von Thesen und Diskussionen
21.00 Uhr Ende des Workshops

Anmeldung bis spätestens **31. Dezember 2012**

SVP Stadt Zürich, Postfach, 8050 Zürich
E-Mail: sekretariat@svp-stadt-zuerich.ch

Name/Vorname:

Adresse:

Geburtsdatum:

Hinweise:
Die Teilnehmerzahl ist beschränkt
Das Mindestalter für Besucher des
Kriminalmuseums ist 18 Jahre
Ausweiskontrolle

Einstehen für die Schweiz 

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRAATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion

Montag, 7. Januar 2012, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis

Montag, 14. Januar 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Schöneegg, Hausen am Albis, Stamm.

Montag, 11. März 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Schöneegg, Hausen am Albis, Generalversammlung.

Bezirk Affoltern / Knonau

Freitag, 18. Januar 2013, 19.30 Uhr, Restaurant Hörnli, Knonau, SVP-Dorfjass. Anmeldungen: svpknonau@gmail.com oder 076 771 02 60.

Samstag, 29. Juni 2013, Besuch Museum Sasso San Gottardo. Weitere Informationen fol-

gen. Anmeldungen: svpknonau@gmail.com oder Natel 076 771 20 60.

Bezirk Hinwil / Wetzikon

Samstag, 5. Januar 2013, Fondüestübli Restaurant Rössli, Dorfstrasse 23, Wetzikon, Fondue-Plausch für Mitglieder und Interessierte. Apéro um 17.00 Uhr, Essen um 18.00 Uhr. Anmeldung (zwingend, da Platz beschränkt) bis Freitag, 28. Dezember 2012 per Mail, Telefon oder Facebook: E-Mail: s.spoerli@svp-wetzikon.ch, Natel 076 50 50 600, Facebook: www.facebook.com/svpwetzikon.

Bezirk Meilen / Stäfa

Mittwoch, 2. Januar 2013, 10.00 Uhr, Foyer «Halle für alle», Froberg, Stäfa, traditionelle Neujahrsblatt-Abholet. Es bietet sich dabei die Gelegenheit, bei einem feinen Glas Wein und guten Gesprächen ein gutes Neujahr zu wünschen. Zudem erhalten alle Teilnehmenden ein Neujahrsblatt eines Künstlers. Der Anlass ist frei für jedermann.

Stadt Zürich

Donnerstag, 31. Januar 2013, 17.15–21.00 Uhr, Führung durch das Kriminalmuseum der Kantonspolizei Zürich mit anschliessendem Workshop zum Thema Kultur (im Hinblick auf die Aktualisierung des SVP-Programms 2014–2018). 17.15 Uhr Treffpunkt der Teilnehmenden an der Kasernenstrasse 29, 8004 Zürich (kantonale Polizeikaserne); 17.20 Uhr Führung durch das Kriminalmuseum (bis ca. 19.15 Uhr); 19.30 Uhr Treffpunkt der Teilnehmenden an der Lagerstrasse 5, 8004 Zürich (Hochschule für Wirtschaft Zürich, Raum 218, 5 Min. zu Fuss vom Kriminalmuseum; kleine Verpflegung und Getränke werden offeriert); 19.45 Uhr kurze Einführung ins Thema; 20.00 Uhr Erarbeiten von Thesen und Diskussionen; 21.00 Uhr Ende des Workshops. Anmeldung bis spätestens Montag, 31. Dezember 2012 an SVP Stadt Zürich, Postfach, 8050 Zürich oder E-Mail: sekretariat@svp-stadt-zuerich.ch (Hinweise: Teilnehmerzahl beschränkt; Geburtsdatum bei Anmeldung ange-

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:

Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8

Reinhard Wegelin (rw.), Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:

print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:

Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8 % Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:

Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei

NEIN zur Volksinitiative «gegen die Abzockerei», damit der Gegenvorschlag gegen die Abzockerei sofort in Kraft treten kann.

Folgende SVP-Unternehmer haben ein Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei gegründet und suchen nach weiteren Unternehmern, die bereit sind, sich zugunsten der schnellen Umsetzung des Gegenvorschlags gegen die Abzockerei einzusetzen:

CASPAR BAADER, Nationalrat, Gelterkinden (BL) • **CHRISTOPH BLOCHER**, Nationalrat, Herrliberg (ZH) • **SYLVIA FLÜCKIGER**, Nationalrätin, Schöftland (AG) • **SEBASTIAN FREHNER**, Nationalrat, Basel (BS) • **PETER FÖHN**, Ständerat, Muotathal (SZ) • **ULRICH GIEZENDANNER**, Nationalrat, Rothrist (AG) • **HANS KAUFMANN**, Nationalrat, Wettswil (ZH) • **YVES NIDEGGER**, Nationalrat, Genf (GE) • **HANSJÖRG WALTER**, Nationalrat, Wängi (TG) • **JEAN-FRANÇOIS RIME**, Nationalrat, Bulle (FR) • **PETER SPUHLER**, Nationalrat, Weiningen (TG) • **GREGOR RUTZ**, Nationalrat, Küsnacht (ZH) • **THIS JENNY**, Ständerat, Netstal (GL)

Ja, ich trete dem Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei bei.

Name / Vorname:

Strasse:

PLZ / Ort / Kanton:

E-Mail:

Natel:

Funktion Unternehmen:

Bemerkungen:

Datum / Unterschrift:

Bitte baldmöglichst retournieren an:

Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei Tel. 031 300 58 58
Postfach 8252 Fax 031 300 58 59
3001 Bern info@svp.ch

ben; Mindestalter für Besucher des Kriminalmuseums ist 18 Jahre; Ausweiskontrolle).

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8

Samstag, 23. Februar 2013, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Zürich/Witikon, Mitgliederversammlung mit Gastreferent Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli und anschliessend gemeinsamem Nachtessen.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich

Dienstag, 29. Januar 2013, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

SVP Wattwil, SVP Toggenburg und SVP des Kantons St. Gallen

Mittwoch, 2. Januar 2013, 10.45 Uhr, Markthalle Toggenburg, Wattwil/SG, Neujahrsveranstaltung. Ansprache von Nationalrat und alt Bundesrat Christoph Blocher zur Würdigung grosser Toggenburger Persönlichkeiten und ihre Bedeutung für die heutige Schweiz: Huldrych Zwingli, Ulrich Bräker und Babeli Giezendanner. Original-Bilder Babeli Giezendanners werden am Anlass ausgestellt. Eintritt frei, Imbiss nach der Veranstaltung offeriert. Parkplätze vor Ort vorhanden. Vom Bahnhof Wattwil in 8 Minuten zu Fuss erreichbar.

Rettet unser Schweizer Gold!

Jetzt unterschreiben:

www.goldinitiative.ch